

Niederschrift
über die Sitzung des Betriebsausschusses Immobilienservicebetrieb
am 18.04.2023

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 15:05 Uhr

Sitzungspause: 16:36 – 16:44

Ende: 17:10 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Elke Grünewald
Herr Bernd Henrichsmeier
Herr Marcel Kaldek
Herr Carsten Krumhöfner
Herr Werner Thole

SPD

Frau Dorothea Brinkmann
Herr Erik Brücher
Herr Sven Rörig
Frau Karin Schrader

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Paul John
Frau Daniela Kloss
Frau Romy Mamerow
Herr Klaus Rees

FDP

Herr Jan Maik Schlifter

AfD

Herr Gerhard Schäfer

Die Partei

Herr Christian Loth

Die Linke

Frau Meike Taeubig

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Dietmar Krämer

Von der Verwaltung

Herr Moss

Erster Betriebsleiter Immobilienservicebetrieb und Beigeordneter
Dezernat 4

Herr Bültmann

Kaufmännischer Betriebsleiter Immobilienservicebetrieb

Frau Harodt

Technische Betriebsleiterin Immobilienservicebetrieb

Herr Gabriel

Geschäftsführung Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb

Herr Hellermann

Immobilienservicebetrieb

Herr Hartwig

Stab Dezernat 4

Herr Dr. Witthaus

Beigeordneter Dezernat 2

Gäste

Herr Mengedot

Stadtwerke Bielefeld

Zuhörer:
Herr Nicolai Adler

Referent CDU

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Ausschussvorsitzende, Herr Rörig, eröffnet den öffentlichen Teil der 26. Sitzung des Betriebsausschusses Immobilienservicebetrieb und begrüßt die Anwesenden. Anschließend stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er weist den Ausschuss auf die nächste reguläre Sitzung am 16.05.2023 um 15.00 Uhr hin. Anschließend verpflichtet Herr Rörig Herrn Schäfer als neues Mitglied des Betriebsausschusses. Ferner schlägt Herr Rörig vor, die Tagesordnungspunkte 8 und 11 vorzuziehen.

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 24. Sitzung des Betriebsausschusses des Immobilienservicebetriebes am 07.03.2023

Frau Grünewald merkt an, dass ihre Anwesenheit nicht auf dem Deckblatt des Protokolls vermerkt sei. Herr Rörig sagt ihr eine Berichtigung zu.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Frau Harodt berichtet über die Fertigstellung des Jugendzentrums Kamp und der Helmholtz-Sporthalle. Sie lädt die Ausschussmitglieder zur Besichtigung der Objekte ein. Als Termin würde sich der 31.05.2023 um 17.00 Uhr anbieten. Eine offizielle Einladung folge noch.

Zu Punkt 3

Anfragen

Anfragen liegen nicht vor

Zu Punkt 4

Anträge

Anträge liegen nicht vor.

Zu Punkt 5

Sachstandsbericht zum Einbau von Lüftungsanlagen in Schulen - mündlicher Bericht -

Frau Harodt berichtet, dass der Förderzeitraum für die Lüftungsanlagen nun abgelaufen sei. Im Förderzeitraum konnten 22 von 27 Schulen mit Lüftungsanlagen ausgestattet werden. Fünf weitere Schulen würden bis zur 20. KW ausgestattet. Von den ca. 10 Mio. Euro Gesamtkosten des Projektes seien ca. 8,5 Mio. Euro aus dem Förderprogramm finanziert und 1,5 Mio. lägen wahrscheinlich außerhalb der Förderung. Herr Schlifter fragt, ob die restlichen Kosten in Höhe

von 1,5 Mio. Euro aus eigenen Mitteln bezahlt werden müssten und ob alle Schulen dann ausgestattet seien. Frau Harodt antwortet, dass die 1,5 Mio. Euro aus eigenen Mitteln bereitgestellt werden müssten und dann alle Schulen ausgestattet seien.

-.-.-

Zu Punkt 6

Sachstandsbericht zum Bezug von Ökostrom - mündlicher Bericht -

Herr Bültmann berichtet, dass Herr Mengedot von den Stadtwerken Fragen zum Ökostrombezug beantworten könne und nun zu diesem Thema referiere.

Herr Mengedot stellt drei Varianten des Ökostrombezugs vor. Status Quo sei, dass der ISB seit 2017 Ökostrom beziehe. Im weiteren Verlauf stellt Herr Mengedot die verschiedenen Herkunftsnachweise für Ökostrom vor. Zurzeit beziehe der ISB einen Mix aus dem höchsten Standard und dem gehobenen Standard. Er weist darauf hin, dass in letzter Zeit die Preissteigerungen das 4 bis 5-fache für Ökostrom-Zertifikate betrügen.

Die erste Variante sei, Strom wie bisher über Herkunftsnachweise als Ökostrom zu beziehen. Die Erzeuger erneuerbarer Energien, die nach EEG gefördert werden, erhalten für diesen Strom keine Herkunftszertifikate. Die zu erwerbenden Herkunftsnachweise sichern somit die Stromerzeugung aus Anlagen, die keine EEG-Förderung beziehen. Ein Mix aus verschiedenen Herkunftsnachweisen sei möglich.

Die zweite Variante sei, den Strombezug durch sogenannte Regionalstromnachweise zu ergänzen. Dies bedeute, dass der Ökostrombezug ergänzt werde durch Bezug aus Anlagen, die maximal 50 km entfernt sind.

Die dritte und letzte Variante sei, den Strom direkt aus Anlagen vor Ort zu beziehen. Das bedeute, dass man den Strom direkt beim Erzeuger für den Abnehmer beziehen würde. Diese Option hätte den Vorteil, dass man Herkunftsnachweise (soweit die Anlagen nicht nach dem EEG gefördert werden) habe und gleichzeitig dem Wunsch nach regionalem Ökostrom gerecht werde. Diese Variante sei jedoch für die nächsten Jahre noch nicht in Betracht zu ziehen, da die nötigen Anlagen dafür noch nicht vorhanden seien.

Herr Krumhöfner fragt nach, ob bei der zu beratenden Vorlage generell über die Herkunft des bezogenen Stroms oder nur über den Bezug von Zertifikaten zu beraten sei. Herr Mengedot antwortet, dass es sich hierbei um Zertifikate in Form von Herkunftsnachweisen handele. Anschließend fragt Herr Schlifter, ob es zurzeit möglich wäre, Strom direkt aus der Region zu beziehen. Herr Mengedot verneint das und merkt an, dass so etwas derzeit nur durch einen Mix aus regionalem Bezug (Regionalstromnachweisen) und Zertifikaten in Form von Herkunftsnachweisen (Variante 2) möglich sei. Ein rein regionaler Bezug von Ökostrom wäre nur langfristig möglich, wenn die vorgestellte Variante 3 angewandt würde.

Herr Rees spricht sich für Variante 3 aus und verweist darauf, dass weiter versucht werden solle, die vorhandenen Gebäudeflächen für PV-Anlagen auszunutzen. Des Weiteren stellt er darauf ab, dass Bielefeld als Vorzeigemodell agieren solle, um den bereits 2 Mal erhaltenen EEA Goldstandard auch in Zukunft zu erhalten. Außerdem sei das Ziel für 2030, weitestgehend klimaneutral zu werden und man solle auch, trotz Verteuerung, den Ökostrombezug weiter nutzen. Zudem würde Herr Rees gerne wissen, ob es technische Schwierigkeiten beim Bezug von Ökostrom aus regionalen Anlagen oder aus eigenen PV-Anlagen des ISB gäbe, auf die sich der ISB vorbereiten müsse. Herr Mengedot führt aus, dass bei der Variante 3 keine weiteren technischen Voraussetzungen erfüllt sein müssten. Auch der bestehende neue Strombezugsvertrag ermögliche ohne wei-

teres die rechtzeitige Integration dieser erneuerbare-Energie-Strommengen als eine Tranche in der Beschaffung. Bei eigenen PV-Anlagen müsse man zudem individuell technisch prüfen, wie die Stromnutzung geplant sei, ob man nun selbst im Gebäude den erzeugten Strom verbrauche oder ob man einspeisen möchte.

Herr Rörig fragt nach, welche Zertifikatstypen an der Börse gehandelt werden, wie die Preisschwankungen einzuschätzen seien und ob man im Voraus Zertifikate zu bestimmten Zeitpunkten beziehen könne. Herr Mengedot antwortet, dass die Herkunftsnachweise in der Regel OTC (bilateral zwischen einzelnen Händlern) und nicht an der Börse gehandelt würden, dann aber auch im Vorlauf von 3 Jahren gekauft werden könnten. Preisschwankungen seien nicht direkt absehbar, deshalb sei es vernünftig, beim Einkauf ein sogenanntes Risikosplitting zu betreiben.

Herr Schlifter fragt, ob durch den reinen Bezug von Ökostrom zusätzliche Kapazitäten in anderen Bereichen der Stromerzeugung aufgebaut würden. Herr Mengedot erläutert, dass es durchaus sinnvoll sei, Ökostrom zu beziehen, dadurch werde der Erhalt und der Neubau von zertifizierten Anlagen gefördert, da gerade erneuerbare Energie-Erzeuger, die nicht oder nicht mehr durch das EEG gefördert werden, über die Herkunftsnachweise zusätzliche und teils zwingend erforderliche Einnahmen generierten. Herr Bültmann weist darauf hin, dass man zurzeit daran arbeite, das vorgestellte Modell 3 umzusetzen. Bisher setze man beim ISB die erste Variante um.

Zu Punkt 7

Personalgewinnung im Rahmen des Bauprogramms

Herr Bültmann stellt dem Ausschuss die aktuelle Lage der Personalgewinnung beim ISB vor. Er führt aus, dass eine Reihe von Vorstellungsgesprächen nicht erfolgreich seien, da geeignetes und qualifiziertes Personal im Moment nicht in ausreichender Menge am Markt vorhanden sei. Es würden in der nächsten Woche weitere Bewerbungsgespräche stattfinden und man bemühe sich, die vakanten Stellen zu besetzen.

Herr Rees fragt, ob auch versucht werde, Personal in den Ausbildungsbetrieben und in den Schulen zu finden und ob der ISB an diesen Örtlichkeiten präsent sei und sich als attraktiver Arbeitgeber darstelle.

Herr Bültmann antwortet, dass die Stadt viele Möglichkeiten nutze, um zu werben, jedoch der ISB dies nicht als Betrieb alleine wahrnehme. Man versuche zwar, über verschiedene Wege Personal zu gewinnen, wie zum Beispiel Praktika, aber für die Besetzung der jetzt benötigten Stellen helfe das nicht direkt weiter. Im Moment könne man zwar jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beim ISB erfahrene Kolleginnen und Kollegen zur Seite stellen, um sie umfangreich auszubilden, die jetzt freien Stellen bedürften jedoch Mitarbeiter mit Berufserfahrung, um die vorhandenen Projekte voranzubringen.

Herr Moss ergänzt, dass die Stadt national auf fast allen Jobmessen zusammen mit der WEGE vertreten sei. Vor allem auch auf den Jobmessen der Universitäten. Aber die Rekrutierung von Studierenden für den öffentlichen Dienst sei besonders schwierig. Zusätzlich berichtet Herr Bültmann dem Ausschuss, dass auch versucht werde, qualifizierte Bewerber über den Stellenpool hinaus einzustellen. Herr Thole merkt an, dass man versuchen solle, die Stellenentgelte anzuheben, da Mitarbeiter nicht nur beim ISB, sondern auch beim UWB fehlen.

Herr Bültmann antwortet, dass zu bedenken sei, dass auch interne Mitbewerber aus den eigenen Reihen sich auf die höher bewerteten Stellen bewerben und man ihnen dies auch nicht verwehren wolle. Daraus ergebe sich aber keine

Nachbesetzung für die vakanten Stellen, die so entstehen. Zudem habe man keinen direkten Einfluss auf die Stellenbewertungen seitens des ISB. Ergänzend fügt Herr Moss hinzu, dass eine Entgelterhöhung für neue Kolleginnen und Kollegen nicht in Frage käme, da man somit bereits vorhandenes Personal, das dieselbe Arbeit mache, vergrämen würde. Aus ähnlichen Gründen sei auch der Vorschlag eines „Prämiensystems für neue Mitarbeiter“ nicht sinnvoll.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 8

Sachstandsbericht zu der Baumaßnahme Martin-Niemöller-Gesamtschule

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5924/2020-2025

Herr Krumhöfner schließt sich den Fragen der FDP an und würde gerne zusätzlich wissen, ob gemäß §5g der Baumschutzsatzung eine Interessenabwägung seitens des ISB mit dem Umweltamt stattgefunden habe.

Herr Moss bittet um Verständnis, dass aufgrund des kurzfristigen Zugangs der Fragen der FDP eine schriftliche Beantwortung erfolgen werde. Herr Krumhöfner stellt anschließend die Frage, ob die bereits erfolgte Planung durch das Architekturbüro geändert werden könne oder ob eine neue Planung erfolgen müsse und diese auch neu ausgelobt werden müsse. Herr Moss antwortet, dass damals nach langer Diskussion entschieden wurde, dass die Schule an zwei Standorten gebaut werden solle und dass die Klassen 5 und 6 im Bestandsgebäude untergebracht werden sollen und für die anderen ein Neubau errichtet werde. Nach Ortsbesichtigungen sei der Beschluss gefasst worden, das zweite Grundstück für den geplanten Neubau zu nutzen. Die Planung des Siegers in der anschließenden Auslobung zum Projekt sei allerdings nur nuanciert veränderbar. Solle nun eine Umplanung erfolgen, welche das Grundgerüst in Frage stelle, müsse neu ausgelobt werden.

Herr Schlifter würde gerne wissen, wie das weitere Vorgehen sei: Müsse man aufgrund der Baumschutzsatzung und dem geplanten Neubau umplanen, neu planen oder müsse man Ersatzmaßnahmen einleiten?

Herr Rees schlägt vor, nicht bis zur nächsten Sitzung des ISB mit der Beantwortung der Fragen zu warten, sondern die Antworten zur nächsten Sitzung des Schulausschusses zu präsentieren. Herr Moss stimmt Herrn Rees zu und ergänzt, dass die schriftliche Antwort auch die Fragen von Herrn Schlifter umfassen werde. Es müsse zurzeit intern geklärt werden, wie man mit der aktuellen Baumschutzsatzung in Zusammenhang mit der aktuellen Planung umgehe. Man werde sich auch mit dem Dezernat 3 zu diesem Thema abstimmen.

Frau Taeubig fragt, ob es möglich wäre, eine genaue Aufstellung der Kosten zu erhalten und dass es ihrer Meinung nach unschön sei, dass es der Anwendung der Baumschutzsatzung bräuchte, um die Fällung so vieler Bäume zu verhindern. Herr Moss erinnert, dass zur damaligen Zeit bereits darauf hingewiesen wurde, dass es im Rahmen des Baus zu Problemen mit der Baumschutzsatzung kommen könne.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 9

Neubau Rettungswache Jöllenbecker Straße **- Vorstellung der Planungen -**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5902/2020-2025

Frau Harodt stellt die Planungen für die Rettungswache an der Jöllenbecker Straße und der Rettungswache in Großdornberg vor. Zurzeit werde die funktionale Leistungsbeschreibung erarbeitet. Man gehe davon aus, dass ein Generalunternehmer entweder beide Rettungswachen bauen werde oder sich ein Generalunternehmer pro Rettungswache finden werde. Im weiteren Verlauf stellt Frau Harodt die Grundrisse der beiden Rettungswachen genauer vor.

Frau Grünwald fragt nach dem genauen Standort der Rettungswache an der Jöllenbecker Straße. Herr Bültmann erklärt, das Grundstück läge zwischen Raiffeisen und Tankstelle. Herr Rörig schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 10 gleich mit zu behandeln.

Frau Harodt stellt als nächstes die Planung für die Rettungswache in Großdornberg vor. Herr John berichtet, dass er mit den Planungen sehr zufrieden sei und er freue sich, dass es so schnell vorangehe. Er weist darauf hin, dass zwar bevorzugt Schulprojekte im Vordergrund stehen sollten, aber man aus Sicherheitsgründen die Rettungswachen nicht vergessen dürfe.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 10

Neubau Rettungswache Großdornberg **- Vorstellung der Planungen -**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5903/2020-2025

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 9 behandelt.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 11

Erweiterung des Gymnasiums Am Waldhof

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5883/2020-2025

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 12

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es liegen keine Berichte vor.

-.-.-

Nichtöffentliche Sitzung:

[...]

gez. Rörig, Vorsitzender

gez. Gabriel, Schriftführung